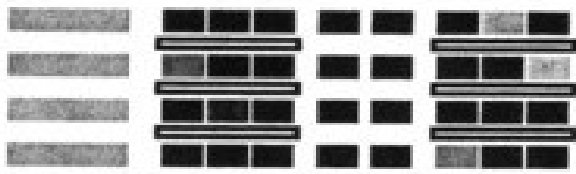


die **BURG** Pankeviertel



Schloßallee,
Grumbkowstraße,
Rolandstraße,
Blankenburger und
Pankower Straße

Mitteilungsblatt des Mieterbeirats 06 - 2021 Nr. 316

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

die Corona-Lage bessert sich, die Inzidenzen sinken deutlich. Was jetzt als niedrig gilt, war vor über einem Jahr noch Anlass für den Lockdown, aber die Ansichten ändern sich. Fakt ist, dass die Impfungen, das Wetter und auch die Abstands- und Hygienemaßnahmen sowie Mobilitätseinschränkungen durchaus wirken. Das lässt uns wieder auf einen schönen Sommer hoffen. Wir werden dennoch vorsichtig bleiben und möglicherweise sogar eine dritte und weitere Impfungen absolvieren müssen.

In unserem Wohngebiet ist nicht viel passiert, aber im Land Berlin geschah in den vergangenen Wochen mieten- und wohnungspolitisch eine ganze Menge:

Trotz gekipptem Mietendeckel wollen die landeseigenen Wohnungsgesellschaften, also auch die Gesobau, freiwillig einige Eckpunkte der Mietendeckel-Regelungen beibehalten. So wirkt der abgelehnte Mietendeckel dann für uns doch noch weiter.

Der Tagesspiegel schrieb dazu: „Auch in den kommenden Jahren sollen die Mieten nur um maximal ein Prozent erhöht werden. Neuvermietungspreise werden stark gedämpft, Geld (aus Mietendeckelzeiten) nicht zurückgefordert. In diesem Jahr wird es keine Mieterhöhungen für die 330.000 Wohnungen von Berlins landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) mehr geben und auch in den kommenden Jahren werden die Mietsteigerungen stark begrenzt. Das ist Teil einer Einigung der rot-rot-grünen Koalition für die Mieter der LWU.

Nach Tagesspiegel-Informationen einigten sich die Spitzen der drei Koalitions-Parteien (...) bei einem Koalitionsausschuss auf drei wichtige Eckpfeiler zur Begrenzung der Mieten. Neben dem Einfrieren der Bestandsmieten für die mehr als 300.000 Mietparteien sollen auch ab 2022 für die nächsten drei Jahre nur Mietsteigerungen von maximal einem Prozent möglich sein.“

Diese Maßnahmen sind für uns weitestgehend stabilisierend. Allerdings ist die WBS-Quote bei neu vermieteten Wohnungen auf 63% heraufgesetzt worden.

Ebenfalls in den vergangenen Tagen wurde die Nachricht, dass Vonovia die „Deutsche Wohnen“ aufkauft, publik. Durch die Fusion entsteht mit 549.515 Wohnungen der größte deutsche Wohnungskonzern, also eine noch viel größere

renditeorientierte Wohnungsgesellschaft, die in erster Linie ihren Aktionären verpflichtet ist. Dafür wird noch nicht einmal Grunderwerbssteuer bezahlt. Die monatlichen Mietzahlungen der Mieter fließen zu einem erheblichen Teil in den Profit der Anleger und Investoren. Deren Zusammensetzung ist bunt gemischt, von privaten Anlegern bis zu einem norwegischen Staatsfonds. 20.000 Wohnungen in „Hochhaussiedlungen“ (Berl. Zeitg. v. 29.5.21) werden aus diesem Deal abgezweigt und von den LWU gekauft. Diese Wohnungen werden auch wir als gar nicht direkt betroffene Mieter dennoch indirekt mitbezahlen müssen. Für das Land fallen dabei sehr wohl Grunderwerbssteuern an. Der Preis für die 20.000 Wohnungen soll bei über 2 Milliarden Euro liegen. Im Jahr 2004 verkaufte der Senat über 65.700 Wohnungen für lediglich 405 Millionen Euro. (Quelle Berliner Zeitung vom 29.5.21) Andererseits ist für uns kein Geld für Verbesserungen in den Beständen da. Die Fahrradabstellmöglichkeiten wurden nicht erweitert, Strom-Tankstellen gibt es bei uns gar nicht, manche Fassade hätte eine Reinigung oder einen Neuanstrich nötig.....

Aber das Land will halt solche Möglichkeiten nutzen, um die Anzahl der Wohnungen unter kommunalem Einfluss zu erhöhen. Seit langem rächt es sich ganz bitter, dass vor vielen Jahren unter Thilo Sarrazin und seinen VorgängerInnen das Land Berlin tausende Wohnungen günstig verkauft hat. Heute werden mitunter dieselben Wohnungen für ein Vielfaches zurückgekauft. Die Verkäufer freuen sich mächtig und wir bezahlen das alles mit. Es ist Wahlkampf und man feiert den Deal als „Coup“. Dabei ist er wirtschaftlich fragwürdig.

Diese verrückte Entwicklung hat die Unterschriftensammlung der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“ weiter befeuert. Gut so! Wer noch unterschreiben möchte, sollte sich beeilen, Mitte Juni ist Schluss. Wenn alles klappt, wird bei den Wahlen am 26. September auch der Volksentscheid zur Enteignung mit abgestimmt. Wenn dann genügend Wähler für die Enteignung stimmen, werden wir zu diesem Thema sehr interessante Monate und Jahre vor uns haben. Ausgang offen...

In allen Hausfluren finden Sie Aushänge der Gesobau zur telefonischen Betreuung der Senioren. Wenn Sie es wünschen, nehmen Sie das Angebot bitte an.

Der Mieterbeirat wünscht Ihnen allen einen schönen Sommeranfang!

Die Volkssolidarität informiert ...

darüber, dass es demnächst Gespräche geben wird, um die Voraussetzungen für die Nutzung des Stadtteilzentrums durch die VS zu vereinbaren. Die VS-Guppe wünscht allen Mitgliedern der Ortsgruppe und ihren Familien und Freunden viel Gesundheit! Vielleicht wird es im Juli schon möglich sein, sich wieder zu treffen.

Herzlichst – Ihr Mieterbeirat Pankeviertel

www.mieterbeiratpankeviertel.de

mieterbeirat.pv@t-online.de

oder Briefkasten unter der Info-Tafel am Kreuzungspunkt Pankower Straße

Impressum: Herausgeber der „Burg“ ist der Mieterbeirat Pankeviertel. Für die Herstellung und die Verteilung der „Burg“ wird ein Beitrag von 0,10 € je Exemplar erbeten.